**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

**Herausgeber:** Widerspruch

**Band:** 20 (2000)

**Heft:** 39

**Artikel:** Umbau auf hoher See oder Wassertreten bis zum Untergang? : Ansätze zur Erneuerung linker Politik in Westeuropa

**Autor:** Wolf, Frieder Otto

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-651564

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Frieder Otto Wolf

# Umbau auf hoher See oder Wassertreten bis zum Untergang?

## Ansätze zur Erneuerung linker Politik in Westeuropa

Die Linke befindet sich weltweit und insbesondere in Europa in einem komplizierten Übergangsprozess. Im Unterschied zu den frühen 1990er Jahren, in denen eine „rettende Selbstkritik„[1] und Versuche zur Schadensbegrenzung im Vordergrund stehen mussten (Antunes 1990), ist jetzt vor allem der ganze Umfang des Trümmerfeldes wahrzunehmen, das die Politik der Linken des „kurzen 20. Jahrhunderts" (Hobsbawm) hinterlassen hat (Haug 1999). Allerdings beginnen sich inzwischen auch erste tragfähige Ansätze für die Erneuerung einer linken Politik in Westeuropa (Wolf 1999) abzuzeichnen, die sich wirklich auf die veränderten Umstände der neuen historischen Epoche einlässt, welche die unbestreitbaren Siege der neoliberalen Gegenreformbewegung in den letzten zwanzig Jahren mit sich gebracht haben.[2]

Die Erneuerungsansätze der Linken in Westeuropa sind heute von einem einfachen Widerspruch durchzogen: Zum einen sind sie mit der Erschöpfung des ersten, brutalen Impulses der neoliberalen Gegenreform verbunden, die unter den Kriegsrufen der Margaret Thatcher standen: „There is no such thing as society, only individuals and their families!" und „There is no alternative!". Zumindest eine „Minimalgerechtigkeit" für alle (Rawls 1979), wie sie der angelsächsische philosophische Mainstream seit den 1970er Jahren neu eingeführt hat, die nicht auf das neoliberale Grundmotiv der „Leistungsgerechtigkeit" reduzierbar ist, wird jetzt auch wieder auf dem Feld des Sozialen gesucht (vgl. Giddens 1998). Der neue „Dritte Weg" à la Giddens/Blair (Flassbeck u.a, 2000) oder die „neue Mitte" à la Hombach/ Schröder (Dörre 1999 und Dräger 2000) leben politisch nicht mehr von der These ihrer Alternativlosigkeit, sondern davon, dass sie mit Erfolg die These verbreitet haben, ihr Weg sei eben der beste aller möglichen Wege. Zum anderen standen am Anfang der fast flächendeckenden Auswechselung der liberalkonservativen durch sozialdemokratisch geführte Regierungen in Europa neue Formen von sozialen Kämpfen, wie die Dezemberstreiks 1995 in Frankreich.

Die neoliberale Gegenreform schien den Bogen überspannt zu haben. Korrekturen in der Strategie der europäischen Regierungen erschienen unabweislich. Für kurze Zeit schien sich mit Jospins Regierung der „pluralen Linken", in der eine erneuerte Sozialistische Partei Frankreichs um sich Kommunisten, Grüne und Linksliberale versammelt hat, ein Fenster der Gelegenheit zu öffnen (vgl. Lebaron 2000), durch das die rot-grüne Regierung in Bonn mit Lafontaine im Sinne einer sozialökologischen Politik mit transnationalen Gestaltungszielen würde durchstoßen können. In dem Maße, wie in den ersten Monaten des Jahres 1999 dann aber erkennbar wurde, dass

dieses so nicht gelang, kam es in der Bundesrepublik Deutschland zu krisenhaften Machtverschiebungen in den beteiligten Parteien.[3] Andererseits haben sich im Gegenzug soziale Bewegungen und ihre Netzwerke – durchaus in globalem Maßstab (Brecher 2000), nicht nur in Westeuropa[4] (Boual 1999) – verstärkt auf ihre eigene Kraft besonnen, die letztlich daraus sich ergibt, dass sie sich diesen Vorstößen von oben eben auch verweigern können. Ohne ihr Mittun kommt aber auf Dauer weder ökonomische Wertproduktion noch Machtreproduktion zustande, die Herrschenden bleiben auch in dem neuen Entwicklungsmodell auf die Beherrschten – und ihre Subalternität – angewiesen. Auch eine zunehmend vor den neoliberalen Angriffen kapitulierende Regierungspolitik wird daher nach Wegen suchen müssen, diese aktive Unterstützung zumindest der wichtigsten Teile ihrer Bevölkerung zurückzugewinnen.[4]

Um diese Niederlagen von 1999 und genannten, durchaus gegensätzlichen Ansätze einer Erneuerung der Linken in Westeuropa[5] wirksam auszubauen, wird vor allem Zeit gebraucht. Zwischen Regierungskräften, sozialen Basisbewegungen und der großen Mehrheit der aktiven Erwerbstätigen und StaatsbürgerInnen sind erst wieder Kommunikations- und Kräfteverhältnisse aufzubauen, welche die großen Regulations- und Verteilungsfragen wieder auf die gesellschaftspolitische Tagesordnung setzen können. Dabei geht es von vornherein nicht darum, ob überhaupt politisch zu regulieren ist, sondern in wessen Interesse die Staatsmacht reguliert und verteilt (Panitch 2000). Zudem hat das neue Stadium der Menschheitsgeschichte, das allein dadurch schon erreicht ist, dass sich die Reichweite menschlicher Handlungen bis zur realen Möglichkeit einer irreversiblen Zerstörung oder Beeinträchtigung der Lebensgrundlagen ausgeweitet hat (Lipietz 2000), gerade mit der gewaltigen Kompression von Raum und Zeit zu tun, welche die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen und die Zeit für die Durchsetzung einer wirksamen Kontrolle und Beschränkung derartiger Handlungen äußerst knapp werden lassen.[6]

Die Schwierigkeit verschärft sich noch ungemein dadurch, dass es den Kräften der Linken seit der „Krise des Marxismus" (vgl. Althusser 1977) bisher nicht gelungen ist, einen gemeinsamen diskursiven Raum und einen kompatiblen diskursiven Code für ihre strategischen Überlegungen zu finden. Dieses Problem beginnt mit der notwendigen Redefinition der „Linken" gegenüber den „Rechten"[7] und der Bestimmung der Leitziele linker Politik: „Befreiung" und „Nachhaltigkeit" sind noch keineswegs über die gesamte Breite der linken Bewegungen als miteinander zu verknüpfende Ziele akzeptiert. Es bezieht sich weiterhin – mit Wurzeln, die bis in die unvollständige Auseinandersetzung mit dem Anarchismus (Bakunin) und dem Anarchosyndikalismus (Sorel) in der Arbeiterbewegung zurückreichen – auf die Frage der Bestimmung der strategischen Methode: Reform und Revolution, gewaltsame Konfrontation oder gewaltfreie Nichtkooperation, außerparlamentarische Mobilisierung oder parlamentarische Politik bis hin zur Regierungsbeteiligung. Es ist auch mit den ganz unterschiedlichen Antworten noch längst nicht erschöpfend behandelt, die innerhalb der

Linken auf die Frage gegeben werden, wer denn die Subjekte linker Politik überhaupt sind – politische Parteien, Gewerkschaften, Netzwerke, Initiativen bzw. engagierte Individuen und welche Kombinationen davon und in welchen „Arenen" – lokal, regional, national, europäisch, global; staatlich, zivilgesellschaftlich; systemisch, lebensweltlich – sie aktiv werden können und sollten.

Eine derartige Rekonstruktion von strategischen Verständigungsmöglichkeiten setzt heute – scheinbar paradoxe – gleichzeitige Bewegungen in zwei Richtungen voraus:

*Erstens* geht es um die (Wieder-)Herstellung eines gemeinsamen Diskursrahmens, das heisst um eine allgemeinere Verständigung über grundbegriffliche Bezugspunkte und theoretische Erklärungsmodelle sowie über historische Referenzerzählungen – z.B. über die historischen Ursprünge und Entwicklungslinien der internationalen Linken, über den Stellenwert und historischen Beitrag der westeuropäischen Linken, über die Zusammenhänge zwischen „großen ökologischen Krisen" und der „Entwicklung der Produktionsweisen", oder etwa über die inneren Wechselwirkungsverhältnisse zwischen „Geschlechterverhältnissen" und „Mensch-Natur-Verhältnissen" als zwei Seiten der Geschichte der Kämpfe um die materiellen und immateriellen (Re-)Produktionsverhältnisse.[8] . Dabei werden sich die Linken auch immer wieder der Frage stellen müssen, wie sich ihre Ziele, ihre Kritik und ihre strategischen Vorschläge von denen der rechten Gegner des liberalkapitalistischen „Mainstreams" unterscheiden, die – von der „passiven Revolution" (Gramsci) und der „Radikalität" (Sorel) über den „Antikapitalismus" (Revue du MAUSS 1997) und die „Kulturkritik" (Horkheimer, Maus) bis zu „Ökodiktatur" (Harich) – im „kurzen 20. Jahrhundert" respektive „Zeitalter der Extreme" (Hobsbawm 1999) viele Themen der Linken und auch durchaus wichtige linke Inhalte und Konzepte entwendet und umfunktioniert haben. Wir können dies heute in unserer eigenen Positionsbestimmung bei Strafe der politischen Zweideutigkeit nicht mehr einfach ignorieren.[9]

*Zweitens* geht es um eine Verständigung über greifbare Projekte für eine gemeinsame oder zumindest konvergierende politische Praxis, die hier und heute, angesichts der erst einmal vorliegenden Ergebnissen von zwei Jahrzehnten neoliberaler Transformation und globaler Deregulierung auf nüchtern realistische Weise erste attraktive Schritte für ein erneutes Zusammenfallen des „Veränderns der Umstände" mit der „Selbstveränderung"[10] einleiten können. Die verschiedenartigen Ansätze[11] zu einer Erneuerung linker Politik, die ich zu sehen meine, sind selbst durchaus noch bewegliche Größen, deren politische Bedeutung sich gerade aus ihrer vielfältigen *Anschlussfähigkeit* ergibt, die vielleicht sogar immer noch aus der mit objektiven Klärungsprozessen zusammenhängenden Mehrdeutigkeit oder zumindest Unbestimmtheit gespeist wird.

## Stop the world, I wanna get out!?

Mein Lieblingsbild für eine produktive Weise, Grundlagenfragen über Ziele und Wege der Linken zu stellen, ist schon immer die Geschichte von den Argonauten gewesen, jener Gruppe von handelspolitischen Blockadebrechern, die bei Strafe des Unterganges dazu gezwungen waren, ihr Schiff – die Argo – auf hoher See umzubauen. Wie alle traditionellen Seefahrer konnten sie selbstverständlich nicht schwimmen, so dass die Alternative des An-Land-Schwimmens wegfiel, auch wenn ihre Seefahrt aus der Perspektive der heutigen etwas durchaus noch Landnahes an sich hatte.

Allerlei in den aufgeregten Debatten der 1990er Jahre aufgewirbelter Staub hat sich inzwischen gelegt. Wir haben es weder mit dem „Ende der Geschichte" noch mit dem „Untergang des Abendlandes" zu tun, und auch der „Zusammenstoß der Kulturen" bzw. die „Rückkehr des Nationalismus" haben nur die Kostüme Mittel- und Osteuropas der Zwischenkriegszeit angelegt, gespielt wird aber schon längst ein ganz anderes Stück. Stattdessen wird zunehmend deutlicher erkennbar, dass die sozialen Bewegungen heute, jedenfalls in Westeuropa, wieder auf eine historischen Lage reagieren, die in einigen wesentlichen Punkten der vor 120 Jahren entspricht, als „die soziale Bewegung" noch selbstverständlich im Singular artikuliert wurde.

Damals haben sich der Marxismus und mit ihm die politische Arbeiterbewegung innerhalb der „sozialen Bewegung" insgesamt verselbständigt, in Arbeiterparteien organisiert und eine relative Hegemonie errungen. Beides geschah aufgrund der Antwort, welche die um den alten Engels versammelte Gründergeneration auf die strategisch zentrale Frage dieser Umbruchzeit zu formulieren wusste: Muss die Entwicklung des heraufziehenden „Imperialismus" verhindert und gebremst werden, oder geht es vielmehr darum, gerade in der Beschleunigung dieser Entwicklung die wachsenden Chancen für einen „sozialistischen Übergang"[12] zu ergreifen? Die marxistische Option für die Alternative der Beschleunigung der beginnenden imperialistischen Industrialisierung erneuerte einen zentralen Gedanken des im Kommunistischen Manifest von 1848 vorgelegten Programmentwurfs einer Politik der radikalen Transformation, die strategisch an den revolutionären Impuls der Bourgeoisie als alle gesellschaftlichen Verhältnisse umwälzenden Klasse anknüpfen wollte, um eine weitere Umwälzung zur Abschaffung dieser Bourgeoisie als herrschender Klasse durchzuführen. Sie hat, bis zu den „neuen sozialen Bewegungen" der sechziger Jahren, die „soziale Bewegung" des 20. Jahrhunderts beherrscht.

Es ist vielleicht nicht ganz so überraschend, wenn in der gegenwärtigen Phase der Strukturkrise der Kapitalherrschaft zugleich auch die Gegenstrategien von oben aus der damaligen Epoche – die imperialistische Konkurrenz und ihre ideologischen Geschwister, Nationalismus, Ethnozentrismus und Rassismus – wiederkehren. Ich erinnere an beides, weil ich mehr und mehr davon überzeugt bin, dass wir im kommenden Jahrzehnt – dieses Mal wirklich im Weltmaßstab – noch einmal vor einer vergleichbaren histori-

schen Aufgabe für die Linke stehen werden. Und weil ich keine andere gangbare Alternative sehe als eine zum historischen Marxismus der Gründergeneration analoge Position zugunsten der Transformation des Bestehenden, unter Nutzung seiner eigenen inneren Dynamik, also für den Umbau der *Argo* der Menschheitszivilisation auf hoher See. Eine Alternative dazu besteht nur im Imaginären. Ein entscheidend wichtiger Beitrag von Intellektuellen kann in dieser Lage darin bestehen, durch Verarbeitung der Vorleistungen der marxistischen Selbstkritik seit den 1960er Jahren[13] zumindest soweit Klarheit in diese Debatte zu bringen, dass dieses Mal der Preis an Problemverdrängungen und an Hypostasierungen eigener Positionen, der für die Hegemonie einer handlungs- und zukunftsfähigen Position entrichtet wird, weniger hoch ist. Er kann meines Erachtens jedoch nicht darin bestehen, die grundlegende Alternative von Beschleunigung oder Bremsung der kapitalistischen Entwicklung wegzudiskutieren, vor der wir im menschheitlichen Maßstab stehen. Und auch nicht darin, sich doch noch eine dritte Möglichkeit auszudenken, nach der wir als Menschheit irgendwie doch noch Schwimmen lernen und das rettende Land erreichen könnten. Wir werden es nicht rechtzeitig lernen – und das rettende Land gibt es gar nicht hinter dem Horizont.

## Bourdieus Initiative – Generalstände in Westeuropa?

In dieser Situation kommt der Initiative des Soziologen Pierre Bourdieu für eine „Europäische Sozialcharta" bzw. „Für die Einberufung von Generalständen der sozialen Bewegung in Europa" eine herausgehobene Rolle zu. Deswegen verdient sie es, gleichsam unter strategischen Gesichtspunkten auf die Goldwaage gelegt zu werden. Dann wird es möglich, produktiv darin zwei Dimensionen zu unterscheiden:

a. die vielfältigen kleineren und größeren Elemente in Bourdieus Überlegungen, die sich auf die besondere Situation in Frankreich und auf das Verhältnis einer „gauche de gauche" (Bourdieu) zur Jospinschen „pluralen Regierungslinken" beziehen; und

b. die trotz derartiger Einzelheiten unbestreitbare transnationale Bedeutung dieser Vorschläge. Diese beruht letztlich darauf, dass *zum einen* die Rolle der Intellektuellen in der französischen Politik immer noch ein global beachtetes Modell darstellt, das sich dem angelsächsisch geprägten Pragmatismus der RegierungsberaterInnen (wie A.Giddens oder U.Beck) entgegenstellt; und dass *zum anderen* innerhalb der EU-europäischen Kräfteverhältnisse die Kräftegleichgewichte innerhalb Frankreichs immer noch ein erhebliches, nicht marginalisierbares Eigengewicht haben.

Europäische soziale Bewegungen, die in emanzipatorischer Absicht über die sich in wichtigen Punkten abzeichnende „Fortsetzung der neoliberalen Gegenreform mit anderen Mitteln" seitens der westeuropäischen Sozialdemokratie hinauskommen wollen, haben daher ein strategisches Interesse daran, sich in diese Art von Initiativen einzubringen. Gerade das macht es für sie jedoch um so dringlicher, einige Einseitigkeiten und Halbheiten zu

überwinden, die den konkreten Vorschlägen Bourdieus noch anhaften.

Das beginnt mit der unterschwelligen Fixierung auf einen Intellektuellenbegriff, wie er in amerikanisierten Kulturverhältnissen oder in wissensbasierten Produktionsverhältnissen – von der Inhaltsproduktion in den Medien über den Kampf von „Hackern" und „Sysops" um die Kommunikationssysteme bis zur industriellen Big Science – keinen greifbaren Sinn mehr macht. Vorantreibend bleibt daran vor allem, der mit der zunehmend direkteren kapitalistischen Ausbeutung der „ArbeiterInnen neuen Typs" einhergehenden Möglichkeit einer Wiederaneignung der „allgemeinen Arbeit" durch ihre subjektiven TrägerInnen die nötige Aufmerksamkeit zu schenken.[14] Jede Fixierung auf so etwas wie die „dissidenten Mandarine" der Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen führt jedoch heute an eben diesem Zentralproblem vorbei, das sich nicht mehr primär in bloßen Ausbildungs- und Forschungsinstitutionen, sondern mitten innerhalb der gegenwärtigen führenden Kapitalverwertungsformen der medialen, kommunikativen und wissensbasierten Produktion stellt.

Hierher gehört aber auch eine ganze Reihe von Wendungen, die an der immer mehrdeutigen, zwischen Lobbyismus und konzeptioneller Radikalität, zwischen Berateropportunismus und Graswurzelradikalität hin- und hergerissenen sozialen Bewegungsnetzwerken und der sie durchziehenden Netzwerkpolitik vorbei eine neue „feste, anerkannte, Ernst zu nehmende Größe"[15] konstituieren wollen, in dem ein Netzwerk „gegründet" wird. Und dass es wieder möglich zu scheint, von der „sozialen Bewegung" im Singular zu reden – so wie Marx einst im „Manifest" von der „wirklichen Bewegung" gesprochen hatte. Damit wird nicht nur die unaufhebbare Diversität, die „spezifische Widersprüchlichkeit und Materialität" (Althusser) der diese einzelnen Bewegungen umtreibenden Gegensätze und Herrschaftsverhältnisse, de-thematisiert. Es wird auch suggeriert, eine derartige Zusammenfassung zu „gemeinsamem Vorgehen" könnte eben diese Zweideutigkeit aus der Welt schaffen, denen alle sozialen Bewegungen angesichts der „Politik von oben" seitens der Staatsmacht als auch der Politik seitens der sich selbst organisierenden BürgerInnen, unvermeidlich immer wieder unterliegen.

Besondere Sorgfalt wird im Umgang mit Bourdieus Initiative dem Problem zu widmen sein, ob eine „wirkliche kritische Gegenmacht" in erster Linie das Produkt eines „Defensivbündnisses der Betroffenen" sein kann. Spricht nicht alle historische Erfahrung dafür, dass ohne ein Gewinnen gerade derjenigen, die das Kapital jeweils für seine Akkumulationsprojekte am dringendsten braucht, also der neuen „WissensarbeiterInnen", radikale gesellschaftspolitischeVeränderungen, wie sie heute überfällig geworden sind, unerreichbar bleiben müssen? Und spricht das nicht dann auch dafür, die Zielsetzung der neuen europäischen und weltweiten Netzwerke, wie sie sich zunehmend bilden werden, von vorneherein zu erweitern? Es geht nicht nur darum, sich nicht mit einer wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheit und mit verallgemeinerter Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung sowie Prekarisierung und Informalisierung abzufinden. Das

kann auch für strategisch denkende KapitalvertreterInnen durchaus attraktiv werden, die sich nicht davon überzeugen lassen, dass sich das US-Modell der repressiven Domestizierung der marginalisierten Unterklassen erfolgreich auf Europa übertragen lässt. Es muss vielmehr darum gehen, die gerade in der erzwungenen Aktivierung subjektiver Kreativität und Handlungsfähigkeit neuer Gestalten „abhängiger Arbeit" durch die kapitalistische Wertproduktion frustrierten neuen Bedürfnisse nach Selbstbestimmung, in der Arbeit für das „gemeinsame Eigene" (Stiftung Fraueninitiative 1997) ebenso wie in der Mitwirkung an den strategischen Optionen, was mit dem Produkt jeweils gemacht wird (vgl. etwa zum Linux-Modell der „Open-Software„-Entwicklung, Snoopy/Müller 1999), gerade in den Kernbereichen der neuen Entwicklungen zu einem Machtfaktor werden zu lassen. Der *Kampf um ein selbstbestimmtes Leben* muss zum Grundtenor dieser Erneuerung der Linken werden, die sich nicht noch einmal in die Falle von Bobbio (1994) locken lassen darf, den Rechten das Thema der „Freiheit" zu überlassen, während die Linke selbst sich als „Partei der Gleichheit" und „Gerechtigkeit" konstituiert.

Zugleich wird es darum gehen, neue Solidaritäten zu knüpfen – zwischen neuen und alten ProduzentInnen, zwischen neuen Zentren und neuen Peripherien. Dies wird nicht möglich sein, ohne die bestehenden, noch von der fordistischen Phase geprägten Großorganisationen einzubeziehen. Gerade in Deutschland wird etwa eine derartige solidarische Netzwerkpolitik nicht um das stark gewerkschaftlich geprägte „Netzwerk für neue Politik" herum kommen. Aber es wird auch nicht angehen, dass die bestehenden institutionalisierten Formen parlamentarischer Politik „rechts liegen gelassen" werden – politische Parteien, Wahlkämpfe, Regierungsbildung. Weder die Konstituierung einer „Bürgerinitiative für allgemeine Politik" noch die Herauslösung einer neuen „linken Linke" (Bourdieu) aus der gegenwärtigen Vielfalt der Bewegungen stellen strategisch weiterführende Ziele dar.

Dies darf uns allerdings auch nicht zu umgekehrten Fehlern veranlassen: Nicht allein schon die unbestimmte Einsicht in „die Notwendigkeit einer Intervention der BürgerInnen und der gesellschaftlichen Kräfte in den Aufbau Europas" (Boual 1999, 39) kann eine hinreichende politische Grundlage abgeben, ohne dass damit eine bewusste strategische Anstrengung in Richtung auf die Transformation der „von oben" vorgegebenen Foren und Kanäle verbunden wird, um den konfliktuellen Aufbau günstigerer Kräfteverhältnisse zu den bereits formierten politischen Kräften im Interesse einer eigenständigen Artikulation neuer gesellschaftspolitischer Bedürfnisse „von unten" oder auch „von der Seite" betreiben zu können. Ebensowenig wird auch die immer wieder formulierte voluntaristische Selbstaufforderung die politischen Kräfte der bereits formierten Teile einer wirklich pluralen westeuropäischen Linken nicht dazu befähigen, in diesem transnationalen Prozess eine vorantreibende oder zumindest nicht bremsende Rolle zu übernehmen. Ohne eine neue, die unterschiedlichen Konstellationen in den unterschiedlichen Ländern berücksichtigende Analyse der sozialen Konstitution der für diese Linke ansprechbaren Akteure, wie sie

Dräger und andere (2000, 107ff.) für die Bundesrepublik exemplarisch vorgelegt haben, wird es hier keine wirkliche Fortschritte gaben. Dasselbe gilt allerdings für die Notwendigkeit, auch die politische Philosophie dieser Linken wieder ausdrücklich und diskursiv verhandelbar zu artikulieren (vgl. Heinrichs 2000) – und dies nicht unter den Vorwänden der materialistischen Kritik an „hilflosem Sollen" oder der „repressiven Moralform" einfach zu unterlassen, womit dann der Rechten das Feld überlassen bliebe.

Es ist ja kein Zufall, dass gegenwärtig in allen politischen Parteien Westeuropas, die aus der real existierenden Linken hervorgegangen sind, eine Debatte um die neuen programmatischen Orientierungen in Gang gekommen ist. Was heute eine zeitgenössische Linke sich vornehmen muss und kann, wird sich nicht ohne eine Teilnahme an diesen Debatten tragfähig bestimmen lassen. Eine Netzwerkpolitik, die darauf abzielt, die Selbstverständigung der sozialen Emanzipationsbewegungen von diesen Niederungen der Politik abzukoppeln, würde daher eher auf deren Sterilisierung hinwirken, oder mit anderen Worten: eine Neuaufführung des im kurzen 20.Jahrhundert immer wieder gescheiterten Projektes eines „Sich am linken Rand sammeln und dann am versumpften Zentrum vorbeiziehen" mit sich bringen. Die Einsicht in die relative Berechtigung derartiger Regungen angesichts des herrschenden Projektes eines „Sich um das Zentrum sammeln und auch um den Preis der Selbstverleugnung Geschlossenheit bewahren" darf die Linke nicht dazu hinreißen lassen, diese Art von strategischen Fehlern zu wiederholen. Das politische Lernziel lässt sich ganz einfach formulieren: bei allem notwendigen und offenen Streit nicht die gemeinsamen strategischen Ziele und die gemeinsame Perspektive einer demokratischen Hegemonie aus den Augen zu verlieren.

## Und die westeuropäische Linke?

Ein bewusstes Herangehen an die theoretische Aufarbeitung der eigenen Praxis hat zumindest eine wichtige politische Konsequenz: Es kann kein linkes Projekt eines bloß lokalen, bloß regionalen, bloß nationalen oder auch bloß europäischen Auswegs aus der von der neoliberalen Gegenreform nur oberflächlich entschärfte[16] Krise des globalen Kapitalismus – mit ihren drei Dimensionen der Profitkrise, der Nord-Süd-Krise und der Nachhaltigkeitskrise – geben. Umgekehrt wird aber auch eine linke Politik der globalen Krisenüberwindung leerlaufen, so lange sie sich nicht in konkrete politische Projekte auf allen diesen Ebenen übersetzen lässt.

Dabei kann keine der real existierenden Ebenen übersprungen werden – was leider immer noch gang und gäbe ist. In EU-Europa und darüber hinaus kommt in diesem Zusammenhang der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausgestaltung von Euro-Land und EU-Binnenmarkt jedenfalls in den nächsten Jahren eine Schlüsselrolle zu. Das heißt keineswegs, dass sich die Eurolinken in den nächsten Jahren aus den Auseinandersetzungen um die Internationalen Finanzinstitutionen und die WTO zurückziehen sollten. Ganz im Gegenteil muss ihre Strategie darauf zielen, die EU (und selbst den

Euro) von einem Verstärker der Globalisierungszwänge zu einer Bremse und einem Veränderungshebel umzubauen. Das ist alles andere als einfach. Eine bessere Chance ist aber nirgendwo anders in Sicht.

Welche Aufgaben ergeben sich in diesem Kontext für die bundesdeutschen Linken als konstruktives Element innerhalb der sich herausbildenden westeuropäischen Linken?[17] Sie muss dringend aus den elementaren Einsichten, die ihr von der veränderten Weltlage abverlangt werden, Ausgangspunkte für neue strategische Projekte machen, in denen sie – bei Wahrung ihrer Pluralität – zu einem gemeinsamen Handeln zusammenfinden kann:

– Aus der Einsicht in die eigenen Anteile aller Fragmente der europäischen Linken an den Niederlagen seit den 1960er Jahren ist das Projekt einer offenen, solidarischen Kritik und das Aushalten von Beurteilungsdifferenzen kultivierenden, anstatt sie im Namen wirksamer Machtkonzentration unterdrückenden Politikkultur zu entwickeln, in der das „Erinnern und Durcharbeiten" (Freud) als beständige Instanz der Selbstüberprüfung funktioniert.

– Aus der Einsicht, dass die „Bifurkationen" der Vergangenheit nicht zurückgeholt werden können, ist das Projekt einer „radikalen Zeitgenossenschaft" linker Politik zu entwickeln, die darum wetteifert, rechtzeitig an den Kreuzwegen der historischen Entwicklung mit Konzepten und Forderungen aufzuwarten, die sich hier und heute abzuzeichnen beginnen.

– Aus der Einsicht in die grundsätzliche Notwendigkeit des Niedergangs des „Fordismus" – auch wenn die Kette von neoliberalen Siegen, in denen sich dessen Überwindung vollzogen sind, weiterhin als durchaus kontingent zu begreifen sind – ist das Projekt eines neuen radikaldemokratischen und ökosozialen Entwicklungsmodells zu entfalten, das die Hauptprobleme überwindet, an denen der Fordismus als kapitalistisches Entwicklungsmodell letztlich scheitern musste: Wachstumsfixierung und ökologische Raubbau-Tendenz der Wirtschaft, Segmentierung der Gesellschaft, Passivierung der BürgerInnen und Fixierung der geschlechtshierarchischen, gesellschaftsinternen und imperialistischen internationalen Arbeitsteilung.

– Die Einsicht in die Unmöglichkeit eines linken oder auch nur demokratischen Pfades zu einer Krisenüberwindung auf einer bloß nationalen oder regionalen Ebene sollte zwar nicht dazu führen, dass auf die real sich vollziehenden Prozesse von Globalisierung und – nicht nur innerhalb der EU – von Europäisierung das milde Licht des Wunschdenkens geworfen wird, muss aber dazu dienen, ein konzeptionell tragfähiges und vermittelbares linkes Projekt einer alternativen Globalisierung und Europäisierung zu entwickeln, das etwa auch eine wirksame Gegenposition zu den neuen Rechtspopulismen à la Stoiber, Haider, Berlusconi, Bossi, Pasqua, Le Pen oder Blocher beziehen kann.

– Die Erkenntnis, dass wir nicht nur global auf diesem Planeten und in den internationalen Strukturen der UNO leben und politisch agieren, sondern zugleich und zum grössten Teil sogar vorrangig in neuen transnationalen Ländern mit faktisch supranationalen Entscheidungskompetenzen wie WTO-Land, NATO-Land oder EU-Land (das der Tendenz nach mit „Euro-

Land" zusammenfällt), muss dringend von der sich formierenden pluralen westeuropäischen Linken in ein Konzept der gleichzeitigen Handlungsfähigkeit auf verschiedenen Spielfeldern („Arenen") übersetzt werden, das die möglichen Schlüsselfunktionen der Ebene der EU-Politik für linke Politikziele nutzt und dies auf allen Ebenen ins Spiel bringt.[18]

Eine westeuropäische Linke, die diese Aufgaben selbstbewusst und solidarisch angeht, wird sich auch nicht nach Ländern und Ländergruppen oder zwischen Regierungslinken und neuer außerparlamentarischer Opposition zerlegen lassen. Die bestehenden politischen Parteien, die Gewerkschaften und die anderen Großorganisationen der westeuropäischen Linken werden dadurch nicht beiseitegeschoben, sondern in ihrer eigenen Entwicklung gefordert, vielleicht sogar in ihrer inneren Dynamik neu in Gang gesetzt. Auch für die sich formierende plurale westeuropäische Linke, die unter den besonderen Bedingungen der makroregional integrierten EU aktiv ist, gilt in dieser Perspektive, was Brecher und andere (2000) in Bezug auf die Bewegung der „Globalisierung von unten" formuliert haben: „...that this movement can only succed if it evolves from resistance, reform, and restoration to transformation – albeit a transformation that incorporates strong elements of resistance, reform, and restoration". Diese subversive Mischung wirksam hinzubekommen – dafür sind die Voraussetzungen und die Chancen immer noch gut.

## Anmerkungen

1 Um einen Begriff Walter Benjamins aufzunehmen. International am wirksamsten haben dies die Interventionen Louis Althussers in den 1970er Jahren exemplifiziert. In der Bundesrepublik Deutschland war das Terrain für eine derartige Bemühung durch die theoretischen Vorarbeiten der „Kritischen Theorie" auf eigentümliche Weise zugleich sehr weitgehend vorbereitet, als auch – hinsichtlich der möglichen politischen Konsequenzen – stark eingeengt (Demirovic 1999).

2 Neben den europäischen Vorstößen von Rossanda u.a. sowie von Bourdieu, lassen sich – bei allen unausdiskutierten Divergenzen – eine ganze Reihe neuerer Buchpublikationen anführen: Das Spektrum reicht dabei von den internationalen Beiträgen von Negri (1998), Bourdieu (1999), Butler (2000) oder des ÖKSF (2000), über die bundesdeutschen Beiträge von „Crossover" (1998 u. 2000) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung (2000) bis zu Sammelbänden wie Lutz/Hartmann/Kreinsen (1996), Stiftung Frauininitiative (1997), Bischoff/Deppe/Kisker (1998), Cattaro (1998), Heinrich/Messner (1998), Stötzel (1998), Fröse (1999), Schmitthenner/Urban (1999), Stolz-Willig/Veil (1999) und Einzelbeiträgen wie Haug (1999), Lafontaine (1999), Lovins/ Hennicke (1999), Revelli (1999), Scheer (1999).

3 Deren auffälligste Erscheinungsform dann die „Prinzipienarmut" (Raschke) eines neuen Mitte-Rechts-Mehrheitsblocks aus „Realos" und „Regierungslinken", die sich innerhalb der deutschen Grünen angesichts des Kosovo-Krieges der NATO Mai 1999 gebildet hat. Was mehrheitlich, so das Ergebnis einer Umfrage des Sigmund-Freud-Institutes (H.E. Richter u.a.), als „Verrat der rot-grünen Koalition an ihren Zielen" (FR 22.1.2000) gesehen wird. Die weniger spektakulär durchgesetzten Verwerfungen innerhalb von SPD und Gewerkschaften dürften aber vergleichbar gravierend sein.

(Vgl. die auf diese Situation reagierenden „Strategiepapiere" von Sozialismus/express 1999, Mikfeld u.a. 1999, Schmidt/Wolf 1999 u. Gysi 1999).

4 Es ist m.E. davor zu warnen, dafür auf einen neuen Linkspopulismus zu setzen. Den Wettbewerb darum, wer einen jeglicher politischer Substanz entleerten 'Populismus' am wirksamsten verkauft, haben seit den 1970er Jahren immer wieder die Rechten gewonnen.

5 Das gilt selbstverständlich für die Erneuerungsansätze in den USA, in Lateinamerika, in Asien oder in Osteuropa nicht minder. Trotz gemeinsamer „Leuchtsignale" als Bezugspunkte, wie sie die Zapatistas in Chiapas oder die internetgestützten Basisbündnisse gegen die „Millennium-Round" der WTO in Seattle gesetzt haben, brauchen diese Ansätze aber vor allem jeweils „ihre eigene Zeit".

6 Vgl. die Berechnungsversuche von Meadows (1992), sowie in verschiedenen großen Nachhaltigkeitsstudien der 1990er Jahre.

7 Es wäre m.E. überzeugend, dafür zu argumentieren, dass diese beiden Stichworte die beiden von Marx formulierten „kategorischen Imperative" treffend resümieren: „...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (MEW Bd. 1, S. 385, 1970) und „die Erde, wie ein guter Hausvater, den künftigen Generationen vermehrt und verbessert zu hinterlassen". Bei Dräger (2000) entsprechen diesen Zielen die reduzierteren Stichworte von „Teilhabe" und „Zukunftsfähigkeit".

8 Der hier grundlegende Begriff der „Klassenkämpfe" ist innerhalb der marxistischen Theoriebildung, aber auch bei deren feministischen, ökologischen oder antiimperialistischen KritikerInnen bisher ohne konkretere theoretische Ausarbeitung geblieben, so dass heute die klassische marxistische These, alle bisherige Geschichte sei „eine Geschichte von Klassenkämpfen" als unentscheidbar gelten muss, bis eine entsprechende Klärung vorliegt: M.E. wäre sie falsch, wenn der Sinn von „Klassenkämpfe" auf „ökonomische Kämpfe um den Mehrwert" eingeengt würde; hingegen ist sie unbestreitbar, wenn auch alle anderen Kämpfe um die Kräfteverhältnisse in und die Transformation/Überwindung von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen (Patriarchat, ökologischer Raubbau, ungleicher Tausch) im weiteren Sinne als Klassenkämpfe begriffen würden, ohne deswegen etwa die sozialen Geschlechter zu „Klassen" ernennen zu müssen.

9 Das ist ein Plädoyer dafür, dass die Linken nun ihrerseits die theoretischen Errungenschaften der Theorie, Philosophie und Geschichtsschreibung dieser Rechten kennen, kritisieren und „rückentwenden" müssen. Nur so werden sie lernen, sie wirksamer theoretisch zu bekämpfen. Das setzt allerdings als einen der ersten Schritte voraus, dass man sich klar macht, woraus die Rechten ihre argumentative Stärke oder zumindest ihre „Evidenz" und „Plausibilität" beziehen. (Zum in dieser Hinsicht exemplarischen Verfahren Gramscis vgl. Haug 1985)

10 So der wichtige, von Engels in seiner Redaktion eliminierte Begriff von Marx in den Feuerbachthesen (vgl Labica 1987).

11 Um sich in der Debatte über die politischen Konsequenzen aus inzwischen den durchaus belastbaren Lageanalysen (vgl. zusammenfassend Altvater/Mahnkopf 1999 u. Hübner 1998) zu orientieren, empfiehlt sich das einen guten Überblick über den Debattenstand im deutschen Sprachraum bietende Sammelwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung (2000) sowie die thematisch spezifischeren Publikationen von Boual (2000), Lipietz (2000) und Brecher (2000). Einen guten Einblick auch in weiterführende deutschsprachigen Debattenansätze zum Thema der Politik in der Globalisierung vermittelt Heft 38 des „Widerspruch" (1999).

12 Diese erst von der späteren Reflexion über „Kommunismus" und „Sozialismus" hervorgebrachte Kategorie ermöglichte es im Rückblick, das damals noch gemeinsame gesellschaftspolitische Anliegen von „Revolutionären" und „Reformern" innerhalb der politischen Arbeiterbewegung zu denken, d.h. vor der theoretischen Hypostasierung

ihrer Differenzen zu „Revolutionarismus“ und „Reformismus“, und stieß im Hinblick auf eigene Handlungsorientierung eine ganze Generation von „Projektsozialismen“ (Negt) an, wie sie eine Vielfalt von Zeitschriftengründungen und Sammelbänden getragen hat, bis hin zu dem „Projekt moderner Sozialismus“ (Land u.a.) oder zu „Crossover“ (1997/2000).

13 Das Projekt des „Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus“ (Berlin 1994ff.) beruht auf dem Grundgedanken, den Ertrag dieser weltweit betriebenen Selbstkritik auf seinem entwickeltsten Stand auszuarbeiten und zugänglich zu halten.

14 Vgl. die neueren Diskussionen zur „immateriellen Arbeit“ etwa in Andere Zeiten 1/ 1999 und Das Argument 235/2000.

15 Die folgende Zitate sind dem Gründungsaufruf entnommen, wie er im Netz unter „www.raisons.org“ (dt.: „www.zeg.org/raison/charta_2000.htm„) zu finden ist. Vgl. das ausführliche Interview mit Bourdieu unter „www.woz.ch/wozhomepage/bourdieu/ intw_19j00.htm“

16 Jedenfalls insofern als – gestützt auf massive Staatsinterventionen zur Stabilisierung der Finanzmärkte (vgl. Panitch 2000, 5f.) – die Erscheinungen der „Profitklemme“ der 1970er Jahre (vgl. Glyn 1974) überwunden worden sind.

17 Ich knüpfe hier an eigene Überlegungen in der Zeit der Nach-Lafontaine-Krise an (Wolf 1999, 140ff.).

18 Im Hinblick auf diesen Punkt stehen harte kritische Auseinandersetzungen zwischen einer tendenziell eher „europäistischen“ lateinischen Linken und einer eher „globalistischen“ angelsächsischen und skandinavischen Linken ins Haus. Die Linke kann bei dem Versuch, dies strategisch offen, gestützt auf theoretische Analysen des wirklichen Integrationsprozesses (vgl. Ziltener 1999), als ein wichtiges Problem von Handlungsprioritäten zu erörtern, anstatt es weiterhin bloß bekenntnishaft abzuhandeln, nur gewinnen.

## Literatur


Antunes, Carlos, u.a., 1990: Eine grüne Alternative für Europa. Hamburg

Althusser, Louis, 1977: Die Krise des Marxismus, Hamburg

Altvater Elmar / Mahnkopf Birgit, 1999: Grenzen der Globalisierung. 4. völlig überarb. Aufl., Münster

Blair, A. / Schröder, G., 1999: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 7, Bonn

Bischoff, J. / Deppe, F. / Kisker, K., (Hg.), 1998: Das Ende des Neoliberalismus, Hamburg

Bobbio, Norberto, 1994: Rechts und Links. Berlin

Boual, Jean-Claude, 1999: Vers une société civile Européenne. Paris

Bourdieu, Pierre, 1998: Gegenfeuer. Konstanz

Bourdieu, Pierre, 1999: Perspektiven des Protests. Hamburg

Brecher, Jeremy, u.a., 2000: Globalisation from below. Boston

Brenner, Robert, 1999: Turbulences in the World economy. London

Butler, J. / Laclau, E. / Zizek, S., 2000: Contingency, Hegemony, Universality. London

Cattaro, B., (Hg.), 1998: Modell Deutschland, Modell Europa. Opladen

Crossover, (Hg.), 1997: Zur Politik zurück. Münster

Dies., (Hg.), 2000: Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive. Münster

Demirovic, Alex, 1999: Der nonkomformistische Intellektuelle. Frankfurt/M.

Dörre, Klaus, u.a., 1999: Die Strategie der „Neuen Mitte“. Hamburg

Dräger, Klaus, u.a., 2000: Zukunftsfähigkeit und Teilhabe. Hamburg

Flassbeck, Heiner, u.a., 2000: Ein dritter Weg ins dritte Jahrtausend. Hamburg

Fröse, Marlies, u.a. (Hg.), 1999: Ökonomie und Arbeit – Frauenansichten. Frankfurt/M.
Giddens, Anthony, 1998: Der Dritte Weg. Frankfurt/M.
Glynn, Andrew, 1974: Die Profitklemme. Berlin
Gramsci, Antonio, 1991-99: Gefängnishefte. Bände 1-9, Hamburg
Greenpeace/IG, 1999: Bau-Agrar-Umwelt. Das Plus für Arbeit und Umwelt. Frankfurt/M.
Gysi, Gregor, 1999: Gerechtigkeit ist modern. Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus. Berlin
Harich, Wolfgang, 1975: Kommunismus ohne Wachstum? Reinbek
Haug, W.F., 1985: Strukturelle Hegemonie. In: Ders., Pluraler Marxismus, Bd. 1, Hamburg
Ders., 1999: Politisch richtig oder Richtig politisch. Hamburg
Heinrich, H. / /Messner, D. (Hg.), 1998: Globalisierung und Perspektiven linker Politik. Münster
Heinrichs, Thomas, 2000: Freiheit und Gerechtigkeit. Für ein neues linkes Projekt. (Ms.), 2000
Jäger, Michael, 1999: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik. Münster
Lafontaine. Oskar, 1999: Das Herz schlägt links. München
Lebaron, Frédéric, 2000: Permanenter Angriff des Staatsadels. In: Freitag, 26.5. Berlin
Lipietz, Alain, 2000: Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Münster
Maus, Heinz, 1981: Die Traumhölle des „Juste milieu". Frankfurt/M.
Meadows/Meadows/Randers, 1992: Die neuen Grenzen des Wachstums. Stuttgart
Mikfeld, Benjamin, u.a., 1999: Der Dritte Weg – wenig innovativ, aber ungerecht. Frankfurter Rundschau, 11.8.
Möller, Carola, 1998: Die gesellschaftliche Gesamtarbeit neu gestalten. Das Argument, Heft 226, Hamburg
Negri, Toni, u.a., 1998: Umherschweifende Produzenten. Berlin
Negt, Oskar, 1977: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Frankfurt/M.
Österreichisches Studienzentrum für Friedens- und Konfliktforschung (ÖSKF), (Hg.), 2000: Die Ökonomie eines friedlichen Europa. Münster
Panitch, Leo, 2000: The new imperial state, New Left Review, NF, Nr.2 London
Rawls, John, 1979: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/M.
Redaktion Sozialismus/express, 1999: Perspektiven der Gewerkschaftslinken, Supplement Sozialismus 7-8/99, express 6-7/99, Hamburg/Offenbach
Revelli, Marco, 1999: Die gesellschaftliche Linke. Münster
Revue du MAUSS semestrielle, No.9, 1997: Comment peut-on être anticapitaliste aujourd'hui? Paris
Rosa-Luxemburg-Stiftung, (Hg.), 2000: ReformAlternativen. Berlin
Rossanda, Rossana/ Magri, Lucio (Hg.), 1998: Verabredungen zum neuen Jahrtausend. Hamburg
Scheer, Hermann, 1999: Solare Weltwirtschaft. München
Schmidt, Frithjof / Wolf, Frieder O., 1999: Dritter Weg für Deutschland, eine Alternative zum ökosozialen Umbauprojekt. Andere Zeiten 5. Berlin
Schmitthenner, H. / Urban, H.-J., (Hg.), 1999: Sozialstaat als Reformprojekt. Hamburg
Snoopy / Müller, (Hg.), 1999: Open source: kurz & gut. Bejing/Cambridge
Stiftung Fraueninitiative, (Hg.), 1997: Wirtschaften für das „gemeine Eigene". Berlin
Stötzel, Regina, (Hg.), 1998: Ungleichheit als Projekt. Marburg
Widerspruch, 1999/2000: Globalisierung und Widerstand. Heft 38, Zürich
Wolf, Frieder O., 1998: Grüne und Linke am Scheideweg. In: Widerspruch Heft 34, Zürich
Ders., 1999: Das Wunder von Europa lässt noch auf sich warten. Prokla 114, Münster
Wright, Steve, 2000: Negris Klassenanalyse. Das Argument 235, Hamburg
Ziltener, Patrick, 1999: Strukturwandel der europäischen Integration. Münster